



Gescheitert am Hindukusch – Ursachen und Folgen des westlichen Debakels in Afghanistan

Eine strategische Betrachtung

Dr. Dr. h.c. mult. Hans-Ulrich Seidt
Botschafter a.D.

Vortrag vor der Politisch-Militärischen Gesellschaft (PMG) in Berlin, 8. November 2021

Zusammenfassung

Die Rückkehr der Taliban an die Macht beweist deren langen Atem. Dagegen lässt der Abzug des liberalen Westens nach fast 20 Jahren militärisch-politischer Intervention in Afghanistan besorgniserregende Rückschlüsse auf schwerwiegende Defizite zu: Es mangelt am realistischen, strategischen Denken und am langfristig ausgerichteten, konsequenten Handeln. Das Scheitern am Hindukusch lässt eigentlich keinen Zweifel mehr daran: Dringend notwendig wäre eine Neuausrichtung westlicher Sicherheitspolitik - nicht zuletzt auch in Berlin.

Das ISPSW

Das Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW) ist ein privates, überparteiliches Forschungs- und Beratungsinstitut.

In einem immer komplexer werdenden internationalen Umfeld globalisierter Wirtschaftsprozesse, weltumspannender politischer, ökologischer und soziokultureller Veränderungen, die zugleich große Chancen, aber auch Risiken beinhalten, sind unternehmerische wie politische Entscheidungsträger heute mehr denn je auf den Rat hochqualifizierter Experten angewiesen.

Das ISPSW bietet verschiedene Dienstleistungen – einschließlich strategischer Analysen, Sicherheitsberatung, Executive Coaching und interkulturelles Führungstraining – an.

Die Publikationen des ISPSW umfassen ein breites Spektrum politischer, wirtschaftlicher, sicherheits- und verteidigungspolitischer Analysen sowie Themen im Bereich internationaler Beziehungen.



Analyse

Im Dezember 2001 wollte die internationale Gemeinschaft auf dem Petersberg bei Bonn die Weichen für eine friedliche Zukunft Afghanistans stellen. Der damalige Bundesverteidigungsminister Peter Struck verkündete: „Deutschlands Sicherheit wird auch am Hindukusch verteidigt!“ Heute stellen sich folgende Fragen:

Weshalb ist der Westen gescheitert? Was sind die Folgen?

„Wir wollen eine Bürgerpolizei für die afghanische Bürgergesellschaft!“ Für diese gut gemeinte Absicht erhielt eine Bundestagsabgeordnete 2006 den Beifall des Plenums. Noch im Sommer 2021 glaubte Außenminister Heiko Maas, eine „starke afghanische Zivilgesellschaft“ werde die rasche Machtübernahme der Taliban verhindern. Aber mit der westlichen Militärintervention scheiterte auch der politisch-ideologische Anspruch, in Afghanistan ein gesellschaftliches Modell westlich-liberaler Prägung zu verwirklichen. Diese Vorstellung erwies sich ebenso als Illusion wie der sowjetische Versuch, am Hindukusch eine sozialistische Gesellschaft aufzubauen. Triumphiert nun der politische, radikal-fundamentalistische Islam?

Auch eine nur vorläufige Antwort hat die Religion als strategischen Faktor zu berücksichtigen. Oft wurde in den letzten Jahren die Friedensverantwortung des Islams betont. Seine mobilisierende Wirkung und Bedeutung für die Formulierung und Umsetzung politischer Ziele trat dabei in den Hintergrund. Doch hat gerade in Afghanistan der Islam seit Jahrhunderten eine zentrale gesellschaftliche Funktion: „Dawlat-e-khodadad-e Afghanistan“, „Das von Gott gegebene Afghanistan“, lautete die offizielle Bezeichnung des Landes unter Emir Abdur Rahman Khan, der das Land am Ende des 19. Jahrhunderts mit eiserner Faust zusammenführte. Nicht nur die dominierenden Paschtunen glaubten fest daran, Afghanistan sei das ihnen von Allah verheißene Land. Alle Volksgruppen machten sich diese Überzeugung zu eigen. Sie entfaltete in dem geographisch, ethnisch und sprachlich zersplitterten Raum eine starke geistige Wirkung und prägt bis heute die Identität des Landes. Sicherlich beeinflussen im Vielvölkerstaat Afghanistan ethnische Zugehörigkeit, persönliche Beziehungsgeflechte und nicht zuletzt materielle Zuwendungen interessierter Dritter politische Strukturen und Aktionen. Das ändert aber nichts an der grundlegenden Tatsache, dass sich in Afghanistan dynamische Machtverschiebungen in einem vom Islam bestimmten Rahmen vollziehen.

Zweite Machtergreifung

Taliban ist die landessprachliche Bezeichnung für Koranschüler. Aber es waren keine Jugendlichen, die im August 2021 in Kabul die Macht ergriffen, sondern politisch und militärisch erfahrene Männer. Für manche unter ihnen war es bereits der zweite Einmarsch in die Hauptstadt, denn schon 1996, also vor einem Vierteljahrhundert, hatten die Taliban Kabul erstmals besetzt. Zwar wurde ihr „Islamisches Emirat Afghanistan“ im November 2001 von den USA und deren Verbündeten in einem kurzen Feldzug zunächst besiegt und die Führung aus Afghanistan vertrieben. Aber sie konnte sich ins benachbarte Pakistan zurückziehen und von dort ihre Rückkehr vorbereiten. Während der gesamten Dauer der westlichen Intervention existierte in großen Teilen des Landes das „Islamische Emirat Afghanistan“ im Untergrund weiter. Regelmäßig verbreitete „Nachtbriefe“ informierten die Afghanen über die Gebote und Weisungen der Führung. Die Flugblätter wurden gelesen, weitergereicht und diskutiert. Viele afghanische Familien zogen daraus eine verständliche Konsequenz: Ein Angehöriger arbeitete für die



Regierung in Kabul oder als Ortskraft für die Interventionen. Ein anderes Familienmitglied pflegte den Kontakt zu den lokalen Taliban.

Die USA, des kräftezehrenden und aussichtslosen Abnutzungskrieges schließlich überdrüssig, sicherten den Taliban in Doha im Februar 2020 den Abzug aller ausländischen Interventionstruppen zunächst bis zum 1. Mai 2021, dann nach einer Fristverlängerung bis zum 31. August 2021 zu. Nach diesem Separatabkommen, an dem weder die Regierung in Kabul noch die Verbündeten der USA mitwirkten, war der Zusammenbruch der von den Interventionstruppen gestützten afghanischen Regierung nur noch eine Frage der Zeit. Die letzten Stunden des Abzugs auf dem Flugplatz von Kabul verliefen dramatisch. Aber dennoch vollzog sich der Machtübergang im Unterschied zu den Kämpfen der vorangegangenen Jahre ohne größeres Blutvergießen. Am 6. September 2021 besetzten die Taliban nach kurzem Kampf und dem Einsatz bewaffneter Drohnen auch das Pandschir-Tal, das sie während der gesamten Zeit ihrer ersten Herrschaft gegen den hartnäckigen Widerstand von Kommandant Ahmad Schah Massud nicht hatten einnehmen können.

Zwei Tage nach diesem Erfolg stellte eine Regierungsliste die neuen Machthaber vor. Von den 33 genannten Personen – alles Männer - waren alle bis auf drei Angehörige der paschtunischen Bevölkerungsgruppe. Ihre Mehrheit gehörte zur Stammesföderation der Ghilzai, die seit der Mitte des 18. Jahrhunderts der rivalisierenden Stammesföderation der Durrani die Vorherrschaft im Land streitig machte. Immer wieder rebellierten die Ghilzai gegen die Durrani und der Kampf der Taliban gegen die nach 2001 vom Westen eingesetzte Regierung Hamid Karzais, eines angesehenen Durrani-Paschtunen, trug zumindest zeitweise den Charakter eines inner-paschtunischen Stammeskrieges. Aufgrund dieser Erfahrung deuten manche Beobachter die Einnahme Kabuls im August 2021 auch als vorläufiges Ende eines jahrzehntelangen tribalen Machtkampfes.

Der Islam als Ordnungsfaktor?

Mit dem Sturz der von Moskau zurückgelassenen Regierung Najibullah hatten 1992 blutige innerafghanische Auseinandersetzungen begonnen. Die verschiedenen Gruppierungen der Mujahiddin, die finanziert von den USA und Saudi-Arabien den Widerstand gegen die Sowjetunion getragen hatten, kämpften nun gegeneinander, jeder gegen jeden. Es ging den Anführern um Macht, um Einfluss, Privilegien und Geld. Angesichts einer Abfolge blutiger Gemetzel in wechselnden Allianzen hielten interessierte Dritte spätestens ab 1994 eine ordnende Hand für unerlässlich. Aus ihrer Sicht konnte nur eine starke Organisation die gegensätzlichen Stammes- und Parteivalitäten zügeln, sie unter Kontrolle bringen und auf einer gemeinsamen Grundlage zusammenführen.

Vor allem Pakistan war daran interessiert, durch Afghanistan einen sicheren Korridor nach Zentralasien zu öffnen. Die Öl- und Gasreserven der ehemaligen Sowjetrepubliken lockten die Regierung in Islamabad ebenso wie die Aussicht auf neue Absatzmärkte für pakistanische Industriegüter. Der Generalstab wollte strategische Tiefe gegenüber dem Erzfeind Indien gewinnen. Folgerichtig schuf der pakistanische Geheimdienst ISI, ein mächtiger Staat im Staate, dafür das geeignete Instrument. Kleinere paschtunische Gruppen, die auf beiden Seiten der Durand-Linie, der afghanisch-pakistanischen Grenze, lebten, wurden unter Mullah Omar, einem einäugigen Veteranen des anti-kommunistischen Widerstands, zusammengeführt. Seine Gefolgsleute waren überwiegend arme Ghilzai-Paschtunen, die sich innerhalb der Stammeshierarchie marginalisiert fühlten und von der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung Afghanistans enttäuscht waren.

Den Nachwuchs für die vom ISI aufgebaute Organisation stellten Koranschulen auf der heute pakistanischen Seite der Durand-Linie. In ihnen hatte schon während der britischen Kolonialherrschaft die Deobandi-Bewegung



im Namen des Islam Knaben und junge Männer zum Kampf gegen die Ungläubigen und ihre Helfer aufgerufen und nach 1919 die Beibehaltung des Kalifats in Konstantinopel gefordert. Unter der spirituellen und politischen Leitung des Kalifen sollten, so die fromme Hoffnung, von fremder Vorherrschaft befreite islamische Emirate zusammenarbeiten und gemeinsam handeln.

In der Nachfolge der Deobandi-Bewegung und unter Berücksichtigung paschtunischer Stammestradiationen wurden nun die jungen Taliban mit der Vorgabe indoktriniert, in Afghanistan ein von Paschtunen beherrschtes Emirat auf Grundlage der Scharia zu errichten. Diese Zielbestimmung mag für eine westlich-liberale Öffentlichkeit schockierend sein. Aber sie entspricht den in Afghanistan herrschenden Verhältnissen vermutlich mehr als die Idee einer Bürgergesellschaft oder eines modernen Verfassungsstaates westlichen Verständnisses, dessen geistige Grundlagen der überwältigenden Mehrheit der Afghanen fremd sind. Dafür kennen sie die Vorschriften des Koran. Diese werden „im gottgegebenen Afghanistan“ zumindest in den ländlichen Gebieten als Rechtsordnung stammesübergreifend akzeptiert.

So war die Fahne der Taliban nicht die traditionelle Staatsflagge Afghanistans, sondern ein weißes Tuch mit Worten des Propheten. Unter diesem Banner eroberten sie 1994 Kandahar, bevor sie 1996 Kabul besetzten und schließlich ab 1998 nahezu das ganze Land kontrollierten. Nur im Nordosten konnte sich die international anerkannte Regierung unter Präsident Rabbani, einem tadschikischen Führer der Mujahiddin, und seinem Feldkommandeur Ahmad Schah Massud behaupten.

Pakistan, Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate erkannten die Taliban-Regierung an. Die kalifornische Erdöl- und Erdgasgesellschaft UNOCAL eröffnete gemeinsam mit der saudischen Firma Delta Oil in Kabul eine Repräsentanz. UNOCAL verfolgte die Absicht, durch das von den Taliban mit Hilfe der Scharia befriedete Land eine Gas- und Öl-Pipeline von Zentralasien nach Pakistan zu führen. Zum Beraterkreis der Firma gehörten einflussreiche amerikanische Landeskenner, etwa der frühere US-Botschafter in Pakistan Robert Oakley oder der im politischen Washington bestens vernetzte, gebürtige Afghane Zalmay Khalilzad. Er war es, der im Februar 2020 im Auftrag von Präsident Donald Trump das Rückzugsabkommen mit den wieder erstarkten Taliban unterzeichnete und auch unter Präsident Joe Biden bis Oktober 2021 US-Sonderbeauftragter für Afghanistan blieb.

Die Taliban und der Terrorismus

Die US-amerikanischen Kontakte zum Emirat unter Mullah Omar endeten erst, als sich die Taliban weigerten, Osama bin Laden, den charismatischen Führer der islamistischen Terrororganisation al-Qaida, auszuliefern. Bin Laden war den zuständigen amerikanischen Diensten gut bekannt, denn mit seiner Hilfe hatten sie junge, abenteuerlustige Muslime aus der arabischen Welt über Pakistan in den Kampf gegen die Sowjetunion geschleust. Nun versuchten sie vergeblich, ihn zu liquidieren oder zumindest zu entführen, denn nach dem 1991 von den USA geführten Krieg gegen den Irak und der Stationierung von US-Truppen auf der arabischen Halbinsel, dem historischen und geistigen Zentrum des Islams, war er zum gefährlichsten Gegner Washingtons geworden.

Osama bin Laden fand 1996 in Afghanistan Unterschlupf. Von dort aus organisierte er die Anschläge auf die US-Botschaften in Kenia und Tansania im August 1998. Spätestens seit Anfang 2001 bestand dann kein Zweifel mehr daran, dass Osama bin Laden und al-Qaida mittels finanzieller Zuwendungen entscheidenden Einfluss auf die Taliban-Führung um Mullah Omar gewonnen hatten. Im Auftrag von al-Qaida zerstörte ein tschetschenisches Sprengkommando im März 2001 die Buddha-Statuen von Bamiyan. Bereits zuvor hatten trotz des Widerspruchs



gemäßiger Taliban fanatisierte Bilderstürmer begonnen, im Nationalmuseum von Kabul die weltberühmte Sammlung hellenistisch-buddhistischer Gandara-Skulpturen zu zertrümmern.

Nachdem im Frühjahr 2001 die international anerkannte Regierung Afghanistans unter Rabbani kleinere militärische Erfolge gegen die Taliban erzielt und Ahmad Schah Massud vor dem Europaparlament zum gemeinsamen Widerstand gegen die internationalen Dschihadisten aufgerufen hatte, schlug al-Qaida zurück. Am 9. September 2001 töteten zwei als Journalisten getarnte tunesische Selbstmordattentäter Massud in dessen Hauptquartier. Zwei Tage später folgte der lange und sorgfältig geplante Angriff auf die USA. In New York zerstörten zwei entführte Flugzeuge die Zwillingtürme des Welthandelszentrums, ein drittes traf das Pentagon in Washington. Lediglich das vierte Flugzeug konnte vor Erreichen seines Ziels zum Absturz gebracht werden.

Kein Afghane war unter den Selbstmordattentätern des 11. September 2001, die überwiegend aus Saudi-Arabien und Ägypten stammten. Auch spricht einiges dafür, dass die Taliban-Führung vom Angriff auf die USA ebenso überrascht war wie die Weltöffentlichkeit. Aber das ändert nichts an ihrer Mitverantwortung. Gastfreundschaft und Duldsamkeit gegenüber al-Qaida waren nicht nur das Ergebnis finanzieller Unterstützung. Viele Taliban betrachteten Osama bin Laden und seine Mitstreiter als Glaubensbrüder, deren Gewaltaktionen sie mit Sympathie und Respekt verfolgten.

Der Islam als Motivationsgrundlage

Die religiös motivierte Bereitschaft zum Selbstmordattentat belegt, welche Bedeutung der radikale Islam sowohl für al-Qaida als auch für die Taliban besitzt. Im Oktober 2021, knapp zwei Monate nach der Einnahme Kabuls, lud Sirajuddin Haqqani, der amtierende Innenminister der neuen Regierung, Angehörige von Selbstmordattentätern in die Hauptstadt ein. Er selbst wird international als Terrorist gesucht und für Hinweise, die zu seiner Ergreifung führen, hat die US-Regierung ein Kopfgeld von zehn Millionen Dollar ausgesetzt. Nun empfing Haqqani die Verwandten der "Helden des Islam und des Landes" im ehemaligen Intercontinental-Hotel, das während der westlichen Intervention mehrfach Ziel blutiger Anschläge gewesen war. Die Eingeladenen erhielten für den Tod eines Sohnes oder Bruders etwas mehr als 100 Dollar, für arme Afghanen ein ansehnlicher Betrag, und außerdem das Versprechen der künftigen Zuteilung von Land.

Die Taliban hatten bereits 2006 und 2007 die Verantwortung für eine Serie von Selbstmordanschlägen übernommen, die Kabul erschütterten. Einige der Attentäter konnten vor Ausführung der Tat gefasst werden. Andere schreckten im letzten Augenblick vor der Selbsttötung zurück und stellten sich den Sicherheitskräften. Ihre Befragung ergab, dass es sich um Jugendliche aus armen Familien handelte, die die Koranschulen im pakistanisch-afghanischen Grenzgebiet besucht hatten und von Schleusern nach Kabul gebracht worden waren. In der Nacht vor dem geplanten Anschlag erhielten sie Beistand und Zuspruch, bevor sie sich schließlich nach dem ersten Morgengebet in ein mit Sprengstoff beladenes Auto setzten. In diesem Augenblick fühlten sie sich nicht als Opfer, sondern als Täter. Sie waren bereit für ihren Glauben zu kämpfen und zu sterben, aber auch – und nicht zuletzt – um für ihn zu töten. Diese Motivation unterscheidet sie von christlichen Märtyrern, die ihr Selbstopfer für den Glauben nicht mit der Absicht verbinden, anderen das Leben zu nehmen.

Die militärischen Kerntrouppen der Taliban unterstehen Verteidigungsminister Mullah Mohammed Yaqoob, einem Sohn Mullah Omars, des Gründers und ersten Emirs des „Islamischen Emirats Afghanistan“. Bei diesen Kämpfern handelt es sich nicht um Selbstmordattentäter, aber auch sie sind stolz darauf, Angehörige einer kämpfenden Glaubensgemeinschaft, einer *ecclesia militans*, zu sein. Im Verlauf einer nur wenige Wochen



dauernden, generalstabsmäßig vorbereiteten Offensive überrollten sie im Sommer 2021 die Armee der Kabuler Regierung. Als die Truppen der Taliban schließlich in die Hauptstadt einmarschierten, taten sie dies in der Überzeugung, ihr Land für den Islam zurückerobert zu haben. Ihre religiös motivierte Durchschlagskraft hatte sich als stärker erwiesen als die moderne Ausrüstung der afghanischen Armee, die für die westlich inspirierte Zivilgesellschaft und den Verfassungsstaat einer Regierung kämpfen sollte, die sie schlecht oder gar nicht besoldete und am Ende im Stich ließ.

Der Islam an der Macht

Nicht nur im Nahen und Mittleren Osten betrachten viele den Erfolg der Taliban als schwere Niederlage der USA und ihrer Verbündeten, deren Leitideen trotz finanzieller Unterstützung in kaum zu beziffernder Milliardenhöhe am Widerstand einer islamistisch motivierten Bewegung gescheitert sind. Der Reputations- und Prestigeverlust des Westens ist nicht zu übersehen. Daher ist nicht nur in Washington die Versuchung groß, die Erinnerung an das Debakel am Hindukusch zu verdrängen. Dennoch – und gerade deshalb - kommt es jetzt darauf an, die Lage nüchtern zu betrachten und aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen.

Mit dem Sieg der Taliban ist die Machtfrage in Afghanistan vorerst geklärt. Nach der Flucht von Ex-Präsident Ashraf Ghani gibt es, anders als in den Jahren 1996 bis 2001, weder im Land noch im Exil eine international anerkannte Gegenregierung. Stattdessen arbeiten die Botschaften der wichtigsten Nachbarländer Afghanistans, nämlich Pakistan, China, Iran und Usbekistan, ebenso wie die Botschaften der Russischen Föderation, der Türkei und Katars in Kabul weiter: *business as usual*. An einer in Moskau organisierten Konferenz mit Vertretern der neuen afghanischen Regierung nahm sogar Indien teil. Die Taliban hatten bei ihrer Machtübernahme moderne Waffen und Munition in großen Mengen erbeutet und Delhi befürchtet, dass ein Teil davon in die Hände islamistischer Gruppen gelangen wird, die die Unabhängigkeit Kaschmirs von Indien anstreben. Durch die Teilnahme an Gesprächen mit den Taliban lotet die indische Regierung aus, welche Risiken und Handlungsmöglichkeiten sich aus der neuen Situation ergeben. Am Ende werden auch europäische Staaten entsprechende Überlegungen anstellen müssen und sich entschließen, in Kabul, in welcher Form auch immer, diplomatisch präsent zu sein. Die Drohung des deutschen Außenministers, einem von den Taliban geführten Afghanistan jede Hilfe abzuschneiden, hat sich jedenfalls innerhalb weniger Wochen als voreilig und unüberlegt erwiesen.

Sicherlich benötigen die Taliban zur Konsolidierung ihrer Herrschaft dringend materielle Hilfe. Aber auch westliche Staaten, nicht zuletzt Deutschland, haben ein Interesse daran, in Afghanistan den völligen Zusammenbruch gesellschaftlicher Daseinsvorsorge zu verhindern, gilt es doch, den absehbaren Massenexodus Richtung Europa einzudämmen. Für eine wirkungsvolle Nothilfe sind Gespräche mit der Regierung in Kabul unausweichlich. Tatsächlich gibt es innerhalb der Taliban-Führung gemäßigte Kräfte, mit denen Kontakte schon vor anderthalb Jahrzehnten möglich waren. Sie stammen überwiegend aus dem Süden des Landes. Als lokal verwurzelte paschtunische Traditionalisten und fromme Muslime haben sie zwar kein Verständnis für Grundsatzdiskussionen über die weltweite Friedensverantwortung der Religionen oder Menschen- und Bürgerrechte. Aber sie sind an der Lösung konkreter Probleme interessiert, etwa am Bau von Brunnen, und denken sogar über Schulunterricht für Mädchen nach, jedoch nur in strikt nach Geschlechtern getrennten Schulen.

Anders verhält es sich mit dem Haqqani-Netzwerk, das nach dem aus der Stadt Khost im Osten des Landes stammenden Vater des amtierenden Innenministers benannt ist. Seine Anhänger, jünger und stärker ideolo-



gisch-religiös geprägt als die Traditionalisten aus den südlichen Provinzen, rivalisieren mit den gemäßigten Kräften, die sich um den stellvertretenden Premierminister Mullah Ghani Baradar gruppieren. Die Motive des radikalen Haqqani-Netzwerks können nicht eindeutig nach Prioritäten geordnet werden. Geht es ihm vorrangig um Geld und Macht oder um die fundamentalistische Durchsetzung des Islams? Jedenfalls unterhält das Netzwerk enge Beziehungen zum pakistanischen Geheimdienst ISI und steht zudem der Ideologie von al-Qaida nahe. Der Nachfolger Osama bin Ladens, Ayman al-Zawahiri, hat den Taliban mehrfach seine Loyalität versichert und dabei wohl in erster Linie an das Haqqani-Netzwerk gedacht.

Noch schwerer einzuschätzen ist eine undurchsichtige Organisation, die bereits seit einiger Zeit mit zunehmender Brutalität gegen die Taliban kämpft. Der „Islamische Staat Khorasan (IS-K)“ hat sich seit Mitte August 2021 zu mehreren blutigen Terroranschlägen in Kabul, Kandahar und Kunduz bekannt. Seine lokale Basis scheint in der Provinz Kunar nördlich von Jalalabad zu liegen. Hier waren schon im 19. Jahrhundert wahhabitische Missionare aufgetaucht. Auch Jamal al-Din al-Afghani, der auf dem Gelände der Universität Kabul begrabene Gründer des Panislamismus, soll aus dieser Gegend stammen. Angeblich hat der 2014 in Irak und Syrien ausgerufene Islamische Staat (IS), auch „Daesh“ genannt, bereits kurz nach seiner Gründung von der Taliban-Führung ihre Einordnung in den panislamischen Kampf verlangt und ihre Forderung nach einem politischen Sonderstatus für Afghanistan zurückgewiesen. Jedenfalls verfügt die Organisation, die dann ab 2015 in Afghanistan aktiv wurde, über erhebliche Mittel, deren Herkunft ungeklärt ist. Sie erlauben die Anwerbung von Kämpfern und die Finanzierung von Terroranschlägen, die sich vor allem gegen Schiiten richten. Neben der Schwächung der Taliban-Führung können diese Attentate auch die Absicht verfolgen, die bisher erstaunlich pragmatischen Beziehungen der neuen Regierung zum schiitischen Nachbarland Iran zu belasten und zu stören. Sollte dies der Fall sein, dann würde die politisch-ideologische Ausrichtung des IS-K verdeckte Verbindungen zu Personen und Organisationen etwa auf der arabischen Halbinsel nahelegen, die den Iran für gefährlicher halten als sunnitische Dschihadisten. Der IS-K selbst begründet seine Terroranschläge mit der Behauptung, die USA hätten aufgrund von geheimen Absprachen in Doha der Taliban-Führung die Macht mit dem Ziel übergeben, Afghanistan langfristig zu einem Klienten Washingtons zu machen.

Europa und der Sieg der Taliban

Vor diesem Hintergrund sehen sich Deutschland und die Europäische Union mit einer Lage konfrontiert, die wesentlich gefährlicher ist als nach dem 11. September 2001. Damals konnten in Erwartung eines schnellen Erfolgs der von den USA geführten Intervention optimistische Konzepte für die Zukunft entworfen werden. Zwanzig Jahre später ist das politisch-militärische Engagement des Westens gescheitert und die Wirtschaftslage in Afghanistan katastrophal. Der bevorstehende Winter wird zu einer Hungersnot und einer weiteren Verarmung der Bevölkerung führen. Innerhalb des islamistischen Spektrums zeichnet sich eine neue Runde gewaltsamer Auseinandersetzungen ab.

Die internen Probleme Afghanistans ändern allerdings nichts an der Tatsache, dass das Scheitern des Westens die weltweit vernetzte dschihadistische Bewegung beflügeln wird. Für die Sympathisanten und Unterstützer der Taliban, der al-Qaida oder des IS-K, die außerhalb des territorialen, ökonomischen und geistigen Rahmens der afghanischen Gesellschaft agieren, hat der Islam am Hindukusch bewiesen, dass er als Kampfreigion seine Kriege gegen die Ungläubigen als heilige Kriege erfolgreich zu führen versteht. Die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union tun in dieser Situation gut daran, nicht nur die Not der Afghanen durch schnelle humanitäre Hilfe zu lindern. Sie müssen sich auch auf die rasch ansteigende Migrationswelle vorbereiten, deren erste



Ausläufer die Ostgrenzen der Europäischen Union erreichen, und zudem mit einer Zunahme dschihadistischer Gewalt rechnen.

Anmerkungen: Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder und erschien erstmalig in *Denkwürdigkeiten*, Journal der Politisch-Militärischen Gesellschaft e.V. (pmg), Berlin, Nr. 123, November 2021.

Über den Autor dieses Beitrags

Botschafter a.D. Dr. Dr. h.c. mult. Hans-Ulrich Seidt ist Senior Advisor der Agora Strategy Group und Fellow des Liechtenstein Institute on Self-Determination der Princeton University. Er war von 2014 bis 2017 Chefinspekteur des Auswärtigen Amts (AA) der Bundesrepublik Deutschland und leitete davor von 2012 bis 2014 die Abteilung für Auswärtige Kulturpolitik und Kommunikation des AA. Er war deutscher Botschafter in der Republik Korea und in Afghanistan. Davor arbeitete er an den deutschen Botschaften in Moskau und Washington sowie bei der deutschen NATO-Vertretung in Brüssel.

